

N i e d e r s c h r i f t

über die 38. Sitzung des Rates in seiner 6. Wahlperiode am 27.05.2004 im Ratssaal des Rathauses in Monheim am Rhein

Mitglieder:

Dr. Dünchheim, Thomas	Bürgermeister
Belger, Hans-Martin	SPD-Fraktion
Bosbach, Günter	CDU-Fraktion
Dr. Budde, Johannes	CDU-Fraktion
Budig, Detlef	SPD-Fraktion
Butschko, Peter	CDU-Fraktion
Ditz, Hans-Joachim	CDU-Fraktion
Geyer, Jens	SPD-Fraktion
Göbel, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Goller, Werner	SPD-Fraktion
Greis, Peter	CDU-Fraktion
Gronauer, Markus	CDU-Fraktion
Hackel, Gabriele	CDU-Fraktion
Haupt, Sascha	Fraktion PETO
Hengsberger, Wally	SPD-Fraktion
Jelinek, Artur	SPD-Fraktion
Klein, Manfred (Entschuldigt fehlend)	SPD-Fraktion
Knauer, Ariane	SPD-Fraktion
Dr. Knops, Hans Joachim	CDU-Fraktion
König, Karl	CDU-Fraktion
Liebe, Luda	Fraktion MBM/F.D.P.
Dr. Müller, Ulrich	CDU-Fraktion
Buchbender, Friederike	CDU-Fraktion
Nieswand, Helmut	SPD-Fraktion
Ockel, Reinhard	CDU-Fraktion
Odendahl, Heidrun	CDU-Fraktion
Prondzinsky, Marion	CDU-Fraktion
Pruin, Stefan	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Raabe, Peter	CDU-Fraktion
Richrath, Martin	CDU-Fraktion

Sander, Dieter	SPD-Fraktion
Schaub, Lothar	CDU-Fraktion
Scheige, Gerardo (Entschuldigt fehlend)	Fraktion PETO
Schmidt, Harald	SPD-Fraktion
Schunke, Dieter	SPD-Fraktion
Senft, Harald	CDU-Fraktion
Stamm, Andrea	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Stapper, Norbert	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Taplick, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Tonn, Elisabeth	SPD-Fraktion
von Wallis, Winfried	Fraktion MBM/F.D.P.
Spiecker, Gerd	Verwaltung
Herrmann, Max	Verwaltung
Bosbach, Hans	Verwaltung
Trost, Uwe	Verwaltung
Warden, Marion	Verwaltung
Müchler, Gerhard	Verwaltung
Thomanek, Georg	Verwaltung
Brock, Hans Peter	Verwaltung
Herforth, Gisela	Verwaltung
Mittmann, Georg	Verwaltung
Kirberg, Inge	Verwaltung

Beginn der Sitzung 18:08 Uhr

Ende der Sitzung 19:50 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
- Ö 2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung
-öffentlicher Teil-
- Ö 3. 2004/0179 Bericht über die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom 01.04.2004
- Ö 4. 2004/0178 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW
Vorstand des Abenteuerspielplatz Monheim am Rhein e.V.,
vertreten durch Frau Andrea Stamm, Meisburgstr. 22
"Maßnahmen zur Realisierung eines Abenteuerspielplatzes auf dem Standort Pflingsterfeld"
- Ö 5. 2004/0153 39. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Monheim am Rhein
- Behandlung der Anregungen
- Feststellungsbeschluss
- Bebauungsplan Nr. 49 B (Sandstraße / Knipprather Busch)
- Behandlung der Anregungen
- Satzungsbeschluss
- Ö 6. 2004/0164 Bebauungsplan Nr. 7 M - 4. Änderung (Ladenzentrum Monheim-Süd - Friedrichstraße)
- Satzungsbeschluss -
- Ö 7. 2004/0152 Erlass einer Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen anlässlich des Sommerfestes des Rathaus-Centers am Sonntag, dem 11.07.2004
- Ö 0. Bürgerfragestunde
- Ö 8. 2004/0158 Bildung eines Wahlausschusses für die Ausländerbeiratswahl
- Ö 9. 2004/0142 Festsetzung der Dauer- und Einzelmietpreise für kulturelle Veranstaltungen
- Ö 10. 2004/0171 Vorschlagsliste zur Wahl der Schöffinnen und Schöffen für die Wahlperiode 2005 - 2008
- Ö 11. 2004/0172 Mitteilung über die überörtliche Prüfung (Haushaltsjahre 2001 und 2002)

- Ö 12. 2004/0187 Bereitstellung überplanmäßiger Mittel im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt für die Gebäudeunterhaltung und die PCB-Sanierung der städtischen Schulen
- Ö 13. Mündliche Mitteilungen
- Ö 14. Mündliche Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

- NÖ 15. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- NÖ 16. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung
-nichtöffentlicher Teil-
- NÖ 17. 2004/0144 Personalangelegenheit
- NÖ 18. Mündliche Mitteilungen
- NÖ 19. Mündliche Anfragen

Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt er das neue Goldene Buch der Stadt vor. Er spricht Herrn Ortwin Kandeler, der der Stadt seine Arbeitsleistungen an diesem Goldenen Buch gespendet hat, den Dank des Rates aus.

Gegen die Erweiterung der Tagesordnung um

TOP Ö 12. 2004/0187 Bereitstellung überplanmäßiger Mittel im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt für die Gebäudeunterhaltung und die PCB-Sanierung der städtischen Schulen

ergeben sich keine Einwände.

Die ursprünglichen Tagesordnungspunkte Ö 12. bis NÖ 18. werden lfd. Nr. Ö 13. bis NÖ 19.

Ö 2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil-

Zu TOP Ö 11. gibt die Vorsitzende der SPD-Fraktion die Erklärung ab, dass die Gegenstimmen der SPD für den Vorschlag Günter Bosbach (CDU) auf einem Missverständnis beruhen. Sie sei irrtümlich davon ausgegangen, dass zwei Vorschläge für die Wahl der ehrenamtlichen Verwaltungsrichter für das OVG Münster gemacht werden konnten.

Der Rat nimmt die Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil - zur Kenntnis.

Ö 3. 2004/0179 Bericht über die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom 01.04.2004

Der Rat nimmt den Bericht über die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom 01.04.2004 zur Kenntnis.

Ö 4. 2004/0178 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW Vorstand des Abenteuerspielplatz Monheim am Rhein e.V., vertreten durch Frau Andrea Stamm, Meisburgstr. 22 "Maßnahmen zur Realisierung eines Abenteuerspielplatzes auf dem Standort Pfingsterfeld"

Ratsfrau Stamm und Ratsfrau Tonn zeigen Ausschließungsgründe an und nehmen im Zuhörerraum Platz.

Die CDU-Fraktion betont, dass sie der Einrichtung eines Abenteuerspielplatzes im Grundsatz positiv gegenübersteht, da er eine Ergänzung des Angebots für die Monheimer Jugend darstellen könnte. Den in der Anregung vorgeschlagenen Prüfauftrag hält sie durch die Stellungnahme der Verwaltung für erledigt. Kritisch sieht sie die vom Verein vorgeschlagenen Maßnahmen zur Realisierung des Abenteuerspielplatzes, da deren Konsequenzen nicht bekannt seien. Deshalb schläge sie vor, die Verwaltung mit der Erarbeitung eines Konzeptes zu beauftragen und die Realisierung des Abenteuerspielplatzes unter Berücksichtigung des Haushaltssicherungskonzeptes zu prüfen.

Die SPD-Fraktion begrüßt diesen Vorschlag, verweist jedoch darauf, dass die Verwaltung diesen Auftrag bereits vor zwei Jahren vom Jugendhilfeausschuss bekommen habe. Wenn der Rat heute diesen Auftrag nochmals bestätigen solle, werde die SPD-Fraktion dem zustimmen. Allerdings verbinde sie dies mit der Forderung, dass die Verwaltung sich jetzt auch schnellstens der Sache annehme. Wesentlicher Punkt der Maßnahme sei deren Finanzierung. Mit dem Einsatz der für die Brandenburger Allee vorgesehenen Fördermittel sei die SPD-Fraktion nicht einverstanden. Auch den Einsatz von städt. Personal sehe sie vor dem Hintergrund fehlender personeller Spielräume als nicht realisierbar an.

Der Bürgermeister betont, dass die Verwaltung in den letzten zwei Jahren nicht untätig geblieben sei. Er verweist darauf, dass Fragen hinsichtlich Standort, investive Kosten und Förderbarkeit geprüft und Anträge an das Städtebauministerium gestellt wurden. Er halte diese Bürgeranregung für sinnvoll, damit jetzt ein Gesamtkonzept erstellt werde, das insbesondere auch Personaleinsatz und Folgekosten berücksichtige. Im Fachausschuss müsse ggf. auch darüber beraten werden, ob die Prioritäten bei den vorgesehenen Stadterneuerungsmaßnahmen verändert werden sollen.

Die Fraktion Die Grünen stimmt ebenfalls dem Vorschlag der CDU-Fraktion zu, hält es vor dem Hintergrund des Beispiels Skater-Anlage jedoch für erforderlich, der Verwaltung eine Frist zu setzen. Auch sie verweist auf den bereits bestehenden Auftrag des Jugendhilfeausschusses und darüber hinaus auf den vom Verein vorgelegten Entwurf eines Betreiberkonzeptes. Ob die Mittel für die Brandenburger Allee zur Realisierung herangezogen werden, sei für die Fraktion Die Grünen nicht so entscheidend. Wichtig sei, dass der Abenteuerspielplatz an einer wohnortnahen Stelle realisiert werde und dies in einer absehbaren Zeit. Der Vorschlag der CDU-Fraktion solle deshalb um den Passus erweitert werden, dass eine Realisierung innerhalb eines Jahres angestrebt werde.

Der Bürgermeister sagt zu, dass die Verwaltung jetzt so schnell wie möglich ein Gesamtkonzept erarbeiten und die dafür erforderlichen Beschlüsse der zuständigen Gremien einholen werde. Die Verwaltung werde sich bemühen, bereits in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen einen Sachstandsbericht vorzulegen, aus dem die zu lösenden Problempunkte hervorgehen.

Der Rat beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, innerhalb eines Jahres die Realisierung eines Abenteuerspielplatzes unter Berücksichtigung des Haushaltssicherungskonzeptes zu prüfen und ein Konzept zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

- Ö 5. 2004/0153 39. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Monheim am Rhein**
- Behandlung der Anregungen
- Feststellungsbeschluss
Bebauungsplan Nr. 49 B (Sandstraße / Knipprather Busch)
- Behandlung der Anregungen
- Satzungsbeschluss

Beschluss

1. Die Anregungen, wie sie in Anlage 8 zur Drucksache aufgeführt sind, werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlage 9 zur Drucksache behandelt.
2. Die 39. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Monheim am Rhein wird beschlossen. Der Erläuterungsbericht gem. § 5 (5) BauGB ist der Flächennutzungsplanänderung beigelegt.
3. Der Bebauungsplan Nr.49 B (Sandstraße / Knipprather Busch) wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 (8) BauGB eine Begründung beigelegt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 27 Stimmen (BM, 20 CDU, 3 Grüne, 1 Peto, 2 MBM/F.D.P.)

dagegen: 12 Stimmen (SPD)

- Ö 6. 2004/0164 Bebauungsplan Nr. 7 M - 4. Änderung (Ladenzentrum Monheim-Süd - Friedrichstraße)**
- Satzungsbeschluss -

Beschluss

Der Bebauungsplan Nr.7 M – 4. Änderung (Ladenzentrum Süd – Friederichstraße) wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 (8) BauGB eine Begründung beigelegt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 7. 2004/0152 Erlass einer Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen anlässlich des Sommerfestes des Rathaus-Centers am Sonntag, dem 11.07.2004

Die CDU-Fraktion bedauert, dass die Angelegenheit in der öffentlichen Diskussion emotionalisiert wurde. Sie verweist darauf, dass sie in der Vergangenheit verkaufsoffenen Sonntagen anlässlich des Martinsmarktes oder des Schürefestes stets zugestimmt habe, da diese den gesetzlichen Vorgaben des Landeschlussgesetzes entsprachen. Dies sei jedoch beim vorliegenden Antrag nicht der Fall. Die CDU-Fraktion sehe hier nicht den erforderlichen Anlass, zu dem die Öffnung der Läden möglich sei. Vielmehr sei allein die Öffnung das eigentliche Ereignis, da das Sommerfest des Rathauscenters wohl kaum überörtliche Bedeutung habe und Besucher anlocke. Aus diesen Gründen werde die CDU-Fraktion mehrheitlich dem Antrag nicht zustimmen und beantrage geheime Abstimmung.

Die Vertreterin der F.D.P. betont, dass sie die Argumentation der Gewerkschaft und der kirchlichen Kreise nicht nachvollziehen könne. Es gehe nicht um eine Grundsatzdebatte zur generellen Sonntagsöffnung, sondern um die Öffnung an einem Sonntagnachmittag. Humanitäre Werte und der Zusammenhalt der Familie gerieten nicht durch fünf verkaufsoffene Stunden an einem Sonntag in Gefahr. Auch die Argumentation der Gewerkschaft sei erstaunlich. Einerseits beklage sie unerträgliche Belastungen der Beschäftigten, gleichzeitig aber, dass diese Beschäftigten nicht mit ihren Familien an diesem Fest teilnehmen könnten. Sie werde dem Antrag zustimmen, der im Übrigen auch die rechtlichen Voraussetzungen erfülle, da das Sommerfest inzwischen Tradition habe. Dieser verkaufsoffene Sonntag könne dem Monheimer Einzelhandel Impulse geben und vielleicht auch eine Signalwirkung haben. Durch eine Ablehnung lege man dem Einzelhandel nur Steine in den Weg. Im Übrigen sei Monheim die einzige Stadt im Kreis, die die möglichen vier verkaufsoffenen Sonntage nicht ausschöpfe.

Der Vertreter der MBM äußert sein Erstaunen über die Emotionen in dieser Angelegenheit. Er widerspricht den von der CDU-Fraktion geäußerten rechtlichen Bedenken. Der Antrag erfülle die rechtlichen Voraussetzungen, da es sich um einen Jahrmarkt handele. Es sei legitim, dass Gewerkschaft und kirchliche Kreise ihre Bedenken äußern, jedoch gingen Formulierungen wie "rechtswidrige Entscheidung" oder "Rechtsbruch" über das erträgliche Maß weit hinaus und müssten auf das schärfste zurückgewiesen werden. Man sollte dem Einzelhandel nicht verwehren, sich an diesem Sonntag im Juli präsentieren zu können. Der Sprecher verweist auf die von der Bevölkerung gerne im Umland angenommenen verkaufsoffenen Sonntage, die Leben in die Innenstädte bringen. Monheim am Rhein sollte diese Chance nicht verpassen; eine Ablehnung würde dem Einzelhandel schaden und ihm auch an den Werktagen bald noch mehr Ruhe bringen als es jetzt schon der Fall sei.

Ein Mitglied der Fraktion Die Grünen macht deutlich, dass der örtliche Einzelhandel in einer teilweise erbärmlichen Situation sei und alles getan werden müsse, um die Lage zu verbessern. Langfristig könne dies nur gelingen, wenn der örtliche Bedarf und das örtliche Angebot übereinstimmen. Mit dem beantragten verkaufsoffenen Sonntag könne man die vorhandenen Probleme nicht lösen; dies bedürfe grundlegender Überlegungen. So sei z.B. die Schaffung von Urbanität ein wichtiges Thema für die nächste Zukunftswerkstatt. Da die geplante Maßnahme dem Einzelhandel nichts bringe, sondern lediglich Ressourcen verschleudere, werde er sich der Stellungnahme der Kirchen anschließen und dem Antrag nicht zustimmen. Auch die Fraktion Die Grünen werde uneinheitlich abstimmen.

Die SPD-Fraktion vertritt die Auffassung, dass der Antrag nicht die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt, da der zu erwartende auswärtige Besucherstrom erst durch das Offenhalten der Geschäfte erreicht wird und nicht wegen der Attraktivität des Sommerfestes.

Auch gebe es kein dringendes Bedürfnis zur Versorgung der Besucher, das zu anderen Zeiten nicht erfüllt werden könnte. Die SPD-Fraktion anerkenne ausdrücklich die Bemühungen des Treffpunkt e.V., dem gewünschten verkaufsoffenen Sonntag, ohne traditionelle Anbindung nur als Selbstzweck, werde sie jedoch nach Abwägung der Argumente aller Seiten nicht zustimmen. Die Stellungnahmen der Kirchen und der Gewerkschaft müssten ernst genommen werden. Die Diskussion um diesen Antrag mache die Situation des Einzelhandels deutlich; hier helfe jedoch kein Sonntagnachmittags-Event. Schließende Läden, Leerstände, fehlende Nahversorgung in mehreren Wohngebieten, sogar Auflösung einer Werbegemeinschaft brauchten Maßnahmen, bei denen auch die städtische Wirtschaftsförderung gefragt sei. Hier reichten keine dahindümpelnden Arbeitskreise und Gutachten zum Rathauscenter mit sehr umstrittenen Aussagen. Die Sprecherin fordert auch ein Umdenken bei einigen Geschäftsleuten ein und spricht die teilweise unbefriedigenden Öffnungszeiten an, wie Schließung über Mittag, Schließung am Mittwochnachmittag und die nicht genutzte längere Öffnungsmöglichkeit am Abend. Auch hier könnte durch ein Umdenken eine Attraktivitätssteigerung erfolgen. Mit einmaligen Aktionen sei dies nicht zu erreichen, damit werde lediglich von den wirklichen Problemen abgelenkt. Die SPD-Fraktion halte es für dringend erforderlich, nach Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation des Einzelhandels zu suchen. Im Übrigen habe auch sie die Angelegenheit kontrovers diskutiert.

Ein weiteres Mitglied der Fraktion Die Grünen betont, dass der Antrag die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt; wer hier die Rechtswidrigkeit suche, verstecke sich hinter Scheinargumenten, um sich inhaltlich nicht mit den Argumenten auseinandersetzen zu müssen. Der Sprecher nimmt zu den von der Gewerkschaft und den Kirchen angeführten Argumenten Stellung. Er verweist darauf, dass die beklagte Mehrbelastung der Beschäftigten kompensiert wird. Die von den Kirchen geführte Diskussion zum Sonntag als Ruhetag in christlicher Tradition sei zwar aus seiner Sicht berechtigt, allerdings gehe es hier nicht um die Abschaffung des Sonntags generell. Wenn der Einzelhandel diesen verkaufsoffenen Sonntag wolle, um sich zu präsentieren und zur Attraktivitätssteigerung beizutragen, könne es nicht Aufgabe des Rates sein, dies mit der Begründung des Ladenschlussgesetzes abzulehnen.

Die Fraktion Peto hält die Reaktionen gegen den beantragten verkaufsoffenen Sonntag für übertrieben, schließlich werde das Abendland daran nicht zugrunde gehen. Ebenso könne jedoch auch niemand davon ausgehen, dass durch diese Veranstaltung der Monheimer Einzelhandel aufblühen werde. Letztlich reduziere sich die Angelegenheit auf die Grundsatzfrage, ob man dem Einzelhandel an dem beantragten Sonntag die Chance gebe, sich zu präsentieren oder nicht. Ob dies Erfolge bringe, sei ein anderes Thema. Sich hinter dem Ladenschlussgesetz zu verstecken, finde die Fraktion Peto schade.

Entsprechend dem Antrag der CDU-Fraktion lässt der Bürgermeister geheim abstimmen.

Beschluss

Die vorgelegte Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass wird beschlossen.

Die Verordnung ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis der geheimen Abstimmung:

dafür:	21 Stimmen
dagegen:	15 Stimmen
Enthaltung	3 Stimmen

Ö 0.

Bürgerfragestunde

Beginn: 19:11 Uhr

Ein Bürger bezieht sich auf die Aktionen der Stadt zu mehr Sauberkeit im Stadtgebiet und fragt an, ob die Verwaltung Vorstellungen habe, wie Bürger zur bloßen Einhaltung der städtischen Satzung veranlasst werden könnten. Er fragt, ob die Anwohner von Straßen, die nicht von Amts wegen gekehrt werden, von Zeit zu Zeit an ihre - wohl vergessene - Kehrpflicht erinnert werden könnten. Am besten wirke das Vorbild. Wer wöchentlich vor seiner Haustüre kehre, der lasse die Wildkräuter nicht so wuchern, wie sie vor der Rathausstür wuchern. Es sei doch hoffentlich auch im Rathaus bekannt, dass die Treppe von oben nach unten gekehrt werde.

Der Bürgermeister bejaht dies.

Ende: 19:12 Uhr

Ö 8. 2004/0158 Bildung eines Wahlausschusses für die Ausländerbeiratswahl

Die Gleichstellungsbeauftragte betont, dass sie die in der Vorlage genannten Gründe zur Verwaltungsvereinfachung nachvollziehen könne. Gleichwohl merkt sie jedoch an, dass bei dem Besetzungsvorschlag für den Wahlausschuss für die Ausländerbeiratswahl die Geschlechtsparität nicht eingehalten wurde.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion bringt sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass der Ausländerbeirat seit zwei Jahren nicht mehr tagt, obwohl er bei seiner Arbeit von der Verwaltung unterstützt wird und sich auch die Vertreter der Fraktionen in den Sitzungen am Beginn seiner Wahlperiode beratend eingebracht haben.

Beschluss

Die Zahl der Beisitzerinnen und Beisitzer des Wahlausschusses für die Ausländerbeiratswahl wird gem. § 3 Abs. 1 der Wahlordnung für die Wahl der Mitglieder des Ausländerbeirates in Verbindung mit § 2 des Kommunalwahlgesetzes auf acht festgesetzt. Als Beisitzerinnen bzw. Beisitzer werden gewählt:

- | | |
|---------------------------------------|-------|
| 1. Dr. Ulrich Müller | CDU |
| 2. Karl-Heinz Göbel | CDU |
| 3. Markus Gronauer | CDU |
| 4. Harald Senft | CDU |
| 5. Dieter Sander | SPD |
| 6. Jens Geyer | SPD |
| 7. Helmut Nieswand | SPD |
| 8. Jürgen Haider; sachkundiger Bürger | Grüne |

Als Stellvertreter bzw. Stellvertreterinnen werden gewählt:

- | | |
|----------------------|-----|
| 1. Hans-Joachim Ditz | CDU |
| 2. Günter Bosbach | CDU |
| 3. Peter Raabe | CDU |
| 4. Reinhard Ockel | CDU |

- | | |
|------------------|------------|
| 5. Manfred Klein | SPD |
| 6. Artur Jelinek | SPD |
| 7. Detlef Budig | SPD |
| 8. Luda Liebe | MBM/F.D.P. |

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Der Beigeordnete gibt den Termin für die nächste Sitzung des Wahlausschusses bekannt: 16.08.2004. Die Einladungen gehen den Mitgliedern rechtzeitig zu.

Ö 9. 2004/0142 Festsetzung der Dauer- und Einzelmietpreise für kulturelle Veranstaltungen

Beschluss

Die Festsetzung der Einzel- und Dauermietpreise des Kulturbüros wird beschlossen. Die vorgelegte Entgeltordnung ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 10. 2004/0171 Vorschlagsliste zur Wahl der Schöffinnen und Schöffen für die Wahlperiode 2005 - 2008

Beschluss

Die in der vorgelegten Liste benannten Personen werden für die Wahl als Schöffinnen/Schöffen vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 11. 2004/0172 Mitteilung über die überörtliche Prüfung (Haushaltsjahre 2001 und 2002)

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein nimmt die Mitteilung der Rechnungsprüfung über die Abwicklung der überörtlichen Prüfung für die Haushaltsjahre 2001 und 2002 zur Kenntnis.

Ö 12. 2004/0187 Bereitstellung überplanmäßiger Mittel im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt für die Gebäudeunterhaltung und die PCB-Sanierung der städtischen Schulen

Nach Beantwortung von Fragen aus der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Grünen fasst der Rat folgenden

Beschluss

Gem. § 82 GO NRW in Verbindung mit § 7 Abs. 1 der Haushaltssatzung wird die Zustimmung zur Bereitstellung überplanmäßiger Mittel bei der Verwaltungs-Haushaltsstelle 1.0620.5000.00.000 - Gebäudeunterhaltung - in Höhe von 135.000,00 € und bei der Vermögens-Haushaltsstelle 2.0620.9500.99.001 - PCB-Sanierung städtischer Gebäude - in Höhe von 115.000,00 € erteilt.

Zur Deckung des Betrages werden Haushaltsmittel der Haushaltsstellen

9100.8070.00 – Zinsen (100.000 €),

4220.7900.10 – Laufende Leistungen Asylbewerberleistungsgesetz (100.000 €),

4554. 7170.02 – Personalkostenzuschuss an Wohlfahrtsverbände (35.000 €),

0220.4800.00 – Erstatt. Arbeitslosengeld, Abfindungen, Ausgleichsabgabe (15.000 €)

herangezogen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 13. Mündliche Mitteilungen

Keine Wortmeldungen.

Ö 14. Mündliche Anfragen

Ö 14.1 Mündliche Anfrage des Rats Herrn Schmidt (SPD) Parkplatz an der Daimlerstraße

Rats Herr Schmidt verweist auf die für kommende Woche angekündigte Umleitung des Verkehrs über die Daimlerstraße anlässlich des Beginns der Umbaumaßnahmen Rheinpromenade. Er fragt an, ob im Rahmen der dann geltenden Halteverbotsregelungen auf der Daimlerstraße auch daran gedacht ist, die seit drei Jahren von der Firma Hiller & Maldaner als Privatparkplatz genutzte öffentliche Fläche wieder der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Er verweist auf den Parkplatzbedarf der Kundenzentren der BSM und MEGA und stellt in diesem Zusammenhang die Frage, ob für diese privat genutzte städt. Fläche von der Firma Hiller & Maldaner Pacht gezahlt wird.

Dies verneint der Bürgermeister und sagt im Übrigen eine Prüfung zu.

Ö 14.2 Mündliche Anfrage der Ratsfrau Knauer (SPD) Kreuzung Geschw.-Scholl-Straße/Hegelstraße

Ratsfrau Knauer bezieht sich auf ihre Anfrage in der Ratssitzung vom 26.02.2004, in der sie auf die mangelhafte Befestigung der Verkehrsbeschilderung hingewiesen habe. Sie habe zwar eine Mitteilung der Verwaltung über die Erledigung bekommen, das Stopp-Schild an der

Hegelstraße/Geschw.-Scholl-Straße (aus Richtung Bürgerhaus) sei jedoch immer noch nicht befestigt. Sie fragt an, wann die Verwaltung hier Abhilfe schafft.

Der Bürgermeister sagt eine nochmalige Überprüfung zu.

**Ö 14.3 Mündliche Anfrage des Rats Herrn Goller (SPD)
Vereinshalle**

Rats Herr Goller bezieht sich auf das am 17.12.2003 kontrovers diskutierte und mit CDU-Mehrheit beschlossene Bau- und Betreiberkonzept für eine neue Vereinshalle. Er führt aus, dass bekannt geworden sei, dass der Bürgermeister vorgestern vor einer größeren Gruppe von Vereinsvertretern nunmehr ein neues Konzept vorgestellt habe. Er fragt den Bürgermeister, nachdem unter dem TOP Mitteilungen hierüber nicht berichtet worden sei, ob der Rat nicht einen Anspruch auf eine Information über die neuen Pläne habe.

Weiter fragt er an

- Wie sieht das neue Konzept aus?
- Ist bekannt, dass sich bereits aus der Umgebung der jetzigen Festhalle eine Initiative entwickelt, die gegen den Ausbau in den geplanten Dimensionen ist?
- Wie sieht der Zeithorizont aus? (Die nächste Karnevalssession ist sehr kurz, Rosenmontag ist bereits am 07. Februar.)

Der Bürgermeister bestätigt, dass mit den Vereinsvertretern sehr intensive Gespräche geführt wurden, zuletzt am 25.05.2004. Ziel hierbei sei gewesen, Ideen und Willen der Vereine zu erfragen und eine gemeinsame Konzeption abzustimmen. Eine grundlegend neue Konzeption gebe es nicht, jedoch seien u.a. das Investitionsvolumen abgespeckt und architektonische Veränderungen vorgenommen worden. Zz. sei die Angelegenheit jedoch noch nicht entscheidungsreif. Er hoffe, wie den beiden großen Fraktionen bereits mündlich mitgeteilt, in einer Sondersitzung des Rates noch vor dem 15. Juli die überarbeitete Gesamtkonzeption der Vereinshalle vorstellen zu können. Zu den erwähnten Nachbarschaftsbeschwerden berichtet er, dass ihm von einer Initiative nichts bekannt sei. Es gebe einige Anwohner, die Bedenken hinsichtlich Schallimmissionen geäußert haben. Diese würden im bauordnungsrechtlichen Verfahren behandelt, was übliche Praxis der Unteren Bauaufsichtsbehörde sei.

**Ö 14.4 Mündliche Anfrage des Rats Herrn v. Wallis (MBM/F.D.P.)
Zugang zum Rathaus für Rollstuhlfahrer**

Rats Herr von Wallis bezieht sich auf die Anfrage seiner Fraktion im letzten Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen zur Erreichbarkeit des Rathauses für Rollstuhlfahrer. Nach der dort gegebenen Auskunft der Verwaltung habe man den Nebeneingang Alte Schulstraße getestet; die Tür könne von Rollstuhlfahrern von außen nicht geöffnet werden. Er wiederhole deshalb nochmals die Frage, ob Rollstuhlfahrern der Zugang zum Rathaus so ermöglicht werden könne, wie es z.B. bei der Sparkasse der Fall sei.

Die Verwaltung verweist darauf, dass die Tür durch eine Taste an der Wand zu öffnen und dieser Mechanismus auch intakt sei.

**Ö 14.5 Mündliche Anfrage des Rats Herrn Nieswand (SPD)
Parksituation am Ernst-Reuter-Platz**

Rats Herr Nieswand berichtet von einer verschärften Parksituation am Ernst-Reuter-Platz durch die Bauarbeiten auf dem ehemaligen Karstadtgelände. Er fragt an, ob das Gelände des

ehemaligen Extra-Marktes, solange es nicht bebaut wird, vorübergehend als Ausweichparkplatz genutzt werden könnte.

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim sagt eine Überprüfung zu.

**Ö 14.6 Mündliche Anfrage des Ratsherrn Ditz (CDU)
Pflege des öffentlichen Grüns**

Ratsherr Ditz bescheinigt dem örtlichen öffentlichen Grün einen guten Pflegezustand. An den Landstraßen überwuchere das Grün teilweise jedoch bereits die Leitpfosten. Er fragt an, ob die Verwaltung sich in der Lage sehe, bei den übergeordneten Behörden darauf hinzuwirken, dass Abhilfe geschaffen werde.

Der Bürgermeister berichtet, dass der zuständige Fachbereich diesbezüglich bereits tätig geworden sei.

**Ö 14.7 Mündliche Anfrage des Ratsherrn Goller (SPD)
Grundstücksverkäufe Heinrich-Häck-Stadion**

Ratsherr Goller bezieht sich auf seine bereits in der letzten Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen gestellte Anfrage, die dort jedoch nicht beantwortet werden konnte. Er fragt an, ob in Anbetracht des Haushaltssicherungskonzeptes und des nicht genehmigungsfähigen Haushalts 2004 ein Verkaufserlös des Geländes des Heinrich-Häck-Stadions für einen anderen Zweck als zur Haushaltskonsolidierung dienen dürfe.

Der Bürgermeister antwortet, dass diese Frage in Kürze mit der Kommunalaufsicht erörtert werde. Er gehe davon aus, dass sich die Kommunalaufsicht seiner Auffassung nicht verschließen werde. Es gehe nicht darum, einen Sportplatz zu schließen, um damit den Haushalt zu sanieren, sondern um an anderer Stelle den unabweisbar vorhandenen Bedarf zu kompensieren.